

BDI-Mittelstandspanel



Ergebnisse der Online-Mittelstandsbefragung Herbst 2005 – Executive Summary

Durchgeführt von:



1. Das Anliegen

Untersuchung im Auftrag von:
**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V. (BDI)**
Breite Str. 29
10178 Berlin
www.bdi-online.de

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Französische Str. 48
10117 Berlin
www.de.ey.com

IKB Deutsche Industriebank AG
Wilhelm-Bötckes-Str. 1
40474 Düsseldorf
www.ikb.de

Wissenschaftliche Bearbeitung:
Institut für Mittelstandsforschung
Maximilianstr. 20
53111 Bonn
Projektdurchführung und Bearbeitung:
Gunter Kayser, Frank Wallau,
Claus Adenauer

Technische Durchführung:
TNS Emnid
Stieghorster Str. 90
33605 Bielefeld
Projektdurchführung:
Oliver Krieg, Jörg Erren

Das Werk einschließlich aller seiner
Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Die sich im Zeitalter der Globalisierung rasch ändernden Rahmendaten für Unternehmen erfordern in immer kürzeren Zeitabständen strategische Anpassungsmaßnahmen. Verstärkter Wettbewerb sowie der technologische Wandel stellen die Unternehmen vor große Herausforderungen.

Die Strategien und Anpassungsprozesse der Großunternehmen sind für die Öffentlichkeit relativ transparent. Der Informationsstand über Marktaktivitäten und -bedingungen, Problemlösungsstrategien, unternehmerische Kernaufgaben und Zukunftspläne im industriellen Mittelstand ist hingegen nach wie vor unzureichend. Gerade angesichts der derzeitigen politischen Situation ist es jedoch unverzichtbar, die Standpunkte und Entwicklungstrends der mittelständischen Industrie auf breiter Basis deutlich zu machen und in den politischen Diskurs einzubringen.

Um zeitnahe und konkrete Informationen über Aufgaben und Fragestellungen der mittelständischen Industrie zu erhalten, hat das IfM Bonn mit Unterstützung von TNS Emnid im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI), der Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie der IKB Deutsche Industriebank AG eine Online-Befragung mit Panelcharakter entwickelt, die als

BDI-Mittelstandspanel zweimal jährlich durchgeführt wird und ihren Fokus auf aktuelle betriebliche und wirtschaftspolitische Gestaltungselemente richtet.

In der Frühjahrsbefragung 2005 standen neben Fragen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen, wie z.B. zu den Reformen der Agenda 2010, die Entwicklung der Unternehmenskennzahlen im industriellen Mittelstand, seine Wertschöpfungsaktivitäten und Strategien sowie der Internationalisierungsgrad der Unternehmen im Mittelpunkt. In der nun vorliegenden Herbstbefragung 2005 wurden neben aktuellen Fragen zur politischen Entwicklung in Deutschland nach den vorgezogenen Wahlen im September 2005 und der nachfolgenden Bildung einer Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD insbesondere die Bereiche Kooperation als Strategie im industriellen Mittelstand sowie die Investitionstätigkeit des industriellen Mittelstandes thematisiert.¹

Im Unterschied zu den Ergebnissen der Frühjahrsbefragung sind die Ergebnisse der aktuellen Herbstumfrage anhand der tatsächlichen Größenverteilung der Industrieunternehmen in Deutschland gewichtet worden. Somit erhält man ein repräsentatives Berichtswerk über den industriellen Mittelstand.

¹ Lang- und Kurzfassung der Befragungsergebnisse aus dem Frühjahr 2005 sowie die Ergebnisse der aktuellen Herbstumfrage können unter <http://www.bdi-panel.emnid.de/> heruntergeladen werden.

2. Die Ergebnisse der 2. Befragungswelle

2.1 Beurteilung der zukünftigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen

Positive Entwicklung der zukünftigen Rahmenbedingungen erwartet

Noch in der Frühjahrsbefragung des BDI-Mittelstandspanels wurden die aktuellen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu Beginn des Jahres 2005 von mehr als zwei Dritteln der befragten Unternehmen als schlecht bis sehr schlecht bezeichnet. Zu diesem Zeitpunkt erwarteten auch nur vergleichsweise wenige Unternehmen die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Eine deutliche Mehrheit ging damals auch für die Jahre 2006 und 2007 von schlechten Rahmenbedingungen aus. Diese Einschätzung hat sich mit den politischen Ereignissen des Jahres 2005 offensichtlich geändert. Im Nachgang zu den Neuwahlen zum

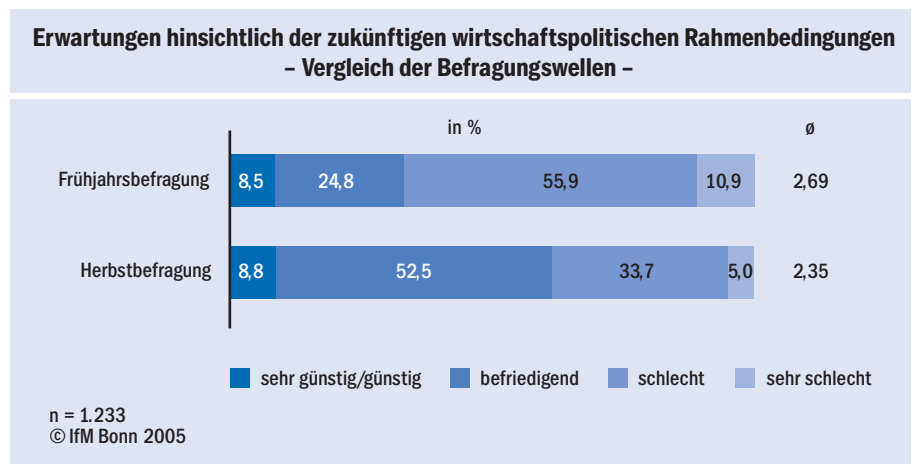


Abbildung 1

Deutschen Bundestag im September 2005 erwarten die Industrieunternehmen für die nächsten zwei Jahre eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auf ein im Schnitt „befriedigendes“ Niveau.

Der Anteil an Unternehmen, die zukünftig sehr günstige oder günstige Rahmenbedingungen erwarten, wuchs im Vergleich

zur Frühjahrsbefragung zwar nur um 0,3 Prozentpunkte auf etwa 9 %, der Anteil an Unternehmen, die zumindest befriedigende Rahmenbedingungen erwarten, stieg jedoch um fast 28 Prozentpunkte auf über 52 % (vgl. Abbildung 1).

Mittelständische Industrie in Bezug auf die Problemlösungskompetenz der Großen Koalition skeptisch

Die Aufhellung der Erwartungen der Industrie ist nur zum Teil auf die Bildung einer neuen Bundesregierung zurückzuführen. So ist eine gewisse Skepsis gegenüber der Problemlösungskompetenz der Großen Koalition feststellbar.² Eine Mehrheit der deutschen Industrieunternehmen äußerte im Befragungszeitraum Zweifel an der Fähigkeit der Großen Koalition, die anstehenden Probleme, so wie die Industrie sie sieht, zügig zu lösen. Die Aussage „Die Große Koalition wird die anstehenden Aufgaben und Probleme zügig lösen“ wird insgesamt nur von gut einem Fünftel der Unternehmen als zutreffend bezeichnet. Demgegenüber stellen fast 80 % der Unternehmen die Fähigkeit der Großen Koalition zur schnellen Problemlösung in Frage. Hierbei sind sich die Unternehmen aller Größenklassen einig. Es bestehen keine signifikanten größen-spezifischen Unterschiede in der Einschätzung (vgl. Abbildung 2).

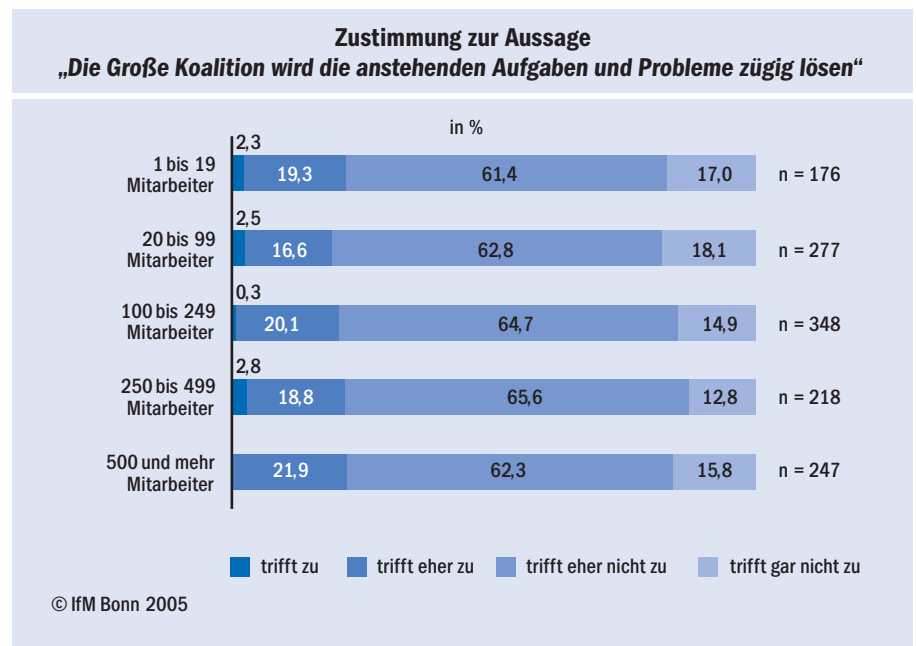


Abbildung 2

² Es ist zu beachten, dass der Großteil der befragten Unternehmen diese Frage bereits vor Abschluss der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD beantwortet hat.

Prioritäre politische Handlungsfelder: Bürokratieabbau und Senkung der Lohnzusatzkosten

Das zentrale politische Handlungsfeld, welches aus Sicht der deutschen Industrie von der neuen Bundesregierung mit größter Priorität verfolgt werden sollte, bleibt der Bürokratieabbau. Insgesamt 97 % der deutschen Industrieunternehmen fordern die Rückführung der bürokratischen Belastungen. Im Durchschnitt wird dieser Maßnahme das Attribut sehr wichtig beigegeben (vgl. Abbildung 3). Dabei wird der Abbau bürokratischer Vorschriften von kleineren Unternehmen signifikant häufiger als sehr wichtig oder wichtig betrachtet als von größeren Unternehmen. Hohe Bürokratiekosten sind noch immer ein entscheidendes Wachstumshemmnis – vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen.

An zweiter Stelle unter den politischen Handlungsfeldern mit hoher Priorität aus Sicht der deutschen Industrie steht die Absenkung der Lohnzusatzkosten. Gut 93 % der Unternehmen bezeichnen Maßnahmen in diesem Bereich als sehr wichtig oder wichtig. Die vollständige Verwendung der Mehreinnahmen aus einer Erhöhung der Mehrwertsteuer ausschließlich zur Senkung der Personalzusatzkosten durch Ermäßigung der Arbeitslosenbeiträ-

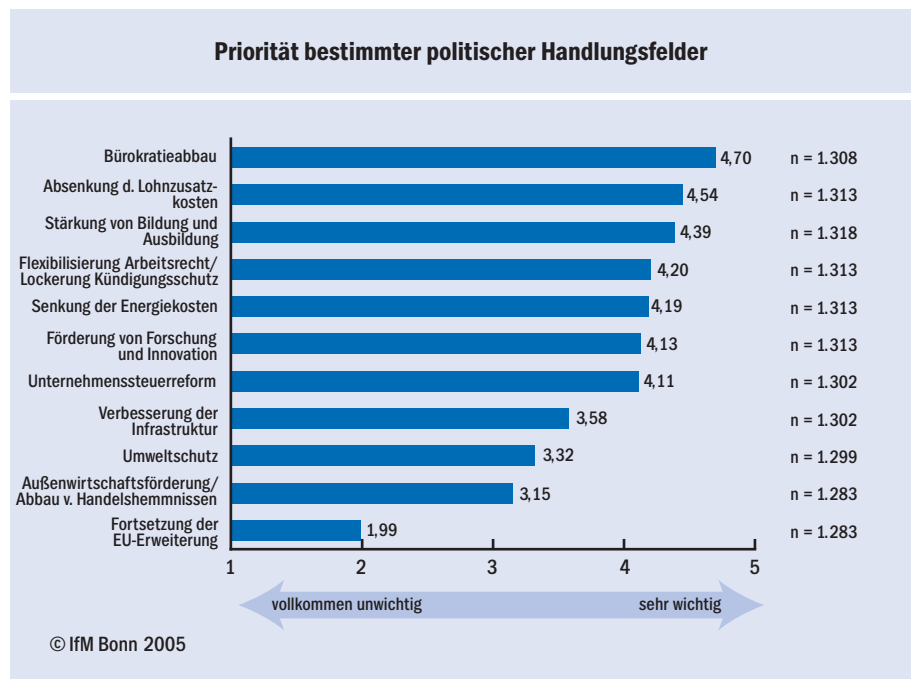


Abbildung 3

ge wäre – das belegt dieser Befund – für die befragten Industrieunternehmen akzeptabel gewesen.

An dritter Stelle unter den politischen Handlungsfeldern mit hoher Priorität aus Sicht der deutschen Industrie folgt bereits die Forderung nach der Stärkung von Bildung und Ausbildung. Etwa 91 % der Unternehmen halten politische Maßnahmen, die auf diesen Bereich abzielen, für sehr wichtig oder wichtig.

Für jeweils rund 80 % der Unternehmen gehören die Handlungsfelder „Flexibilisierung des Arbeitsrechts/Lockerung des Kündigungsschutzes“, „Senkung der Energiekosten“, „Förderung von Forschung und Innovation“ sowie eine Reform der Unternehmensbesteuerung zu den wichtigen bis sehr wichtigen Aufgaben der Regierungskoalition.

2.2 Entwicklung der Investitionstätigkeit in der Industrie

Die seit dem Jahr 2001 beobachtete Investitionszurückhaltung in der deutschen Wirtschaft löste sich bereits Ende 2003. Allerdings lassen die derzeitigen Daten zwar auf eine spürbare Investitionsbelebung, nicht jedoch auf einen regelrechten Investitionsschub hoffen. Vor allem die positiven Außenhandelstendenzen veranlassen in diesem und nächstem Jahr mehr Unternehmen zu Investitionen. Insbesondere in Exportbranchen werden die Unternehmen angesichts gut gefüllter Auftragsbücher höhere Ausgaben für Investitionen im Inland (z.B. für Kapazitätserweiterungen) tätigen.

Industrie will 2006 verstärkt investieren

Die Investitionsausgaben für Sachanlagen werden nach Angaben der befragten Industrieunternehmen von 2005 auf 2006 um knapp 10 % steigen. Die Investitionsvolumina werden dabei sowohl bei den größeren Unternehmen zunehmen als auch bei den Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten steigen. Bei Letzteren ist die Investitionsneigung für das Jahr 2006 tendenziell sogar etwas stärker ausgeprägt als bei den größeren Unternehmen: Die In-



Abbildung 4

dustrieunternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern werden ihren Anteil an den Gesamtinvestitionen für Sachanlagen der deutschen Industrie 2006 insgesamt auf über 50 % ausbauen (vgl. Abbildung 4).

Etwa 39 % der Industrieunternehmen werden in 2006 eine höhere Summe in Sachanlagen investieren als noch im Vorjahr, ca. 30 % verharren auf ihrem Investitionsniveau, und etwa 31 % werden ihre Investitionen zurückfahren. Der Investitionssaldo³ der deutschen Industrie wird 2006 somit insgesamt ca. 8 Prozentpunkte betragen.

Insgesamt werden Industrieunternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten nach den vorliegenden Ergebnissen ihre Investitionstätigkeit relativ stärker ausbauen als Unternehmen mit 500 Beschäftigten und mehr. Mögliche Ursache hierfür ist, dass größere Unternehmen in den Jahren 2004 und 2005 bereits stärker investiert haben als kleine, Letztere demnach 2006 einen Aufholprozess starten. Der Investitionsstau bei den kleinen und mittleren Industrieunternehmen wird sich im nächsten Jahr zunehmend auflösen.

³ Investitionssaldo = Anteil der Unternehmen mit steigenden Investitionsausgaben abzüglich Anteil der Unternehmen mit sinkenden Investitionsausgaben.

Verbesserte Ertragslage Hauptgrund für Intensivierung des Investitionsgeschehens

Stärker noch als die offensichtlich verbesserten Finanzierungsmöglichkeiten trägt die Besserung der Ertragslage der Unternehmen zur Intensivierung der Investitionstätigkeit der Unternehmen bei. Gut zwei Drittel der deutschen Industrieunternehmen führen die Zunahme der Investitionstätigkeit vor allem auf ihre Umsatz- und Ertragsserwartungen im Jahr 2006 zurück. Im Durchschnitt wird ihnen ein positiver Einfluss auf die Investitionstätigkeit zugesprochen. Daneben sind es technische Faktoren sowie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die nach derzeitigem Stand einen (leicht) positiven Einfluss auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen ausüben (vgl. Abbildung 5).

Investitionsziele: Kapazitätserweiterung steht im Vordergrund

Unterschieden nach den Investitionszielen, entfällt im Jahr 2005 mit gut 32 % der Investitionssumme für Sachanlagen noch der größte Teil auf Ersatzinvestitionen. 2006 wird sich der Anteil der Investitionssumme für dieses Ziel jedoch um ca. 2 Prozentpunkte auf etwa 30 % verringern und damit nur noch den zweithöchsten Anteil an der Gesamtsumme der Investitionen stellen. Demgegenüber wird der Anteil der Investitionen zur Kapazitätserweiterung von 29,8 % im Jahr 2005 auf 32,9 % im Jahr 2006 steigen und damit den größten Anteil am gesamten Investitionsvolumen der deutschen Industrie ausmachen. Investitionen zur Rationalisierung und Kostensenkung werden 2006 mit ebenfalls rund 30 % einen in etwa gleichen

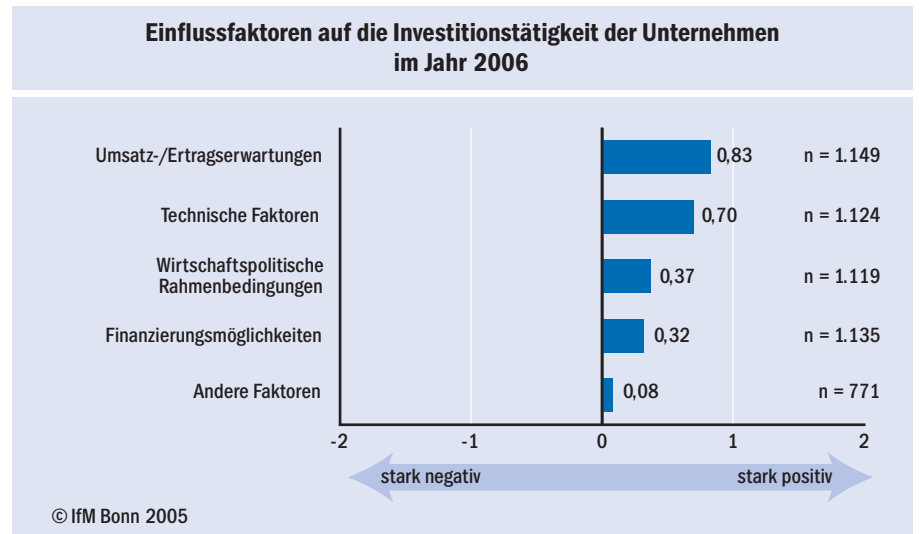


Abbildung 5



Abbildung 6

Anteil an der Gesamtinvestitionssumme haben wie schon 2005 (vgl. Abbildung 6). Nach der jahrelangen Investitionszurückhaltung dienten die Investitionen in der deutschen Industrie 2005 wie bereits 2004 noch vornehmlich dem Ziel, sich mit Ersatzinvestitionen und Rationalisierungsmaßnahmen wettbewerbsstark zu machen. Für 2006 rechnet die Industrie aber mit Auftragszuwachsen und reagiert hierauf verstärkt mit Investitionen zur Kapazitätserweiterung.

Die Untersuchung der relativen Veränderung der Investitionssumme für Sachanlagen nach Investitionszielen bestätigt, dass insbesondere die Ausgaben für Kapazitätserweiterungen mit einem Plus von gut 18 % von 2005 auf 2006 stark ansteigen werden. Auch die Ausgaben zur Rationalisierung und Kostensenkung werden 2006 leicht über dem Volumen von 2005 liegen (+6 %). Demgegenüber werden die Investitionsausgaben für Ersatzanschaffungen in etwa auf dem Niveau von 2005 verharren.

Steigender Anteil von Auslandsinvestitionen in Sachanlagen

Die zunehmende internationale Orientierung der deutschen Wirtschaft wirkt sich positiv auf das Investitionsverhalten aus. So engagieren sich auch immer mehr kleinere Unternehmen (mit bis zu 500 Beschäftigten) mit Investitionen an ausländischen Standorten.

Zwar wird noch immer das Gros aller Investitionen in Sachanlagen im Inland getätigt (2005: 83,9 %; 2006: 79,6 %), doch wächst der Anteil der Investitionen, die an Standorten im Ausland realisiert werden. So wird nach Angaben der Unternehmen der Anteil von Investitionen im Ausland an der Gesamtsumme der Investitionen in Sachanlagen von 2005 auf 2006 um gut 4 Prozentpunkte auf etwa 20 % ansteigen.

Der Anteil von Auslandsinvestitionen in Sachanlagen an den Gesamtinvestitionsvolumina wird sich von 2005 auf 2006 bei Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern immer noch eher geringfügig von 2 % auf 5 % erhöhen. Größere Unternehmen weiten ihre Investitionstätigkeit im

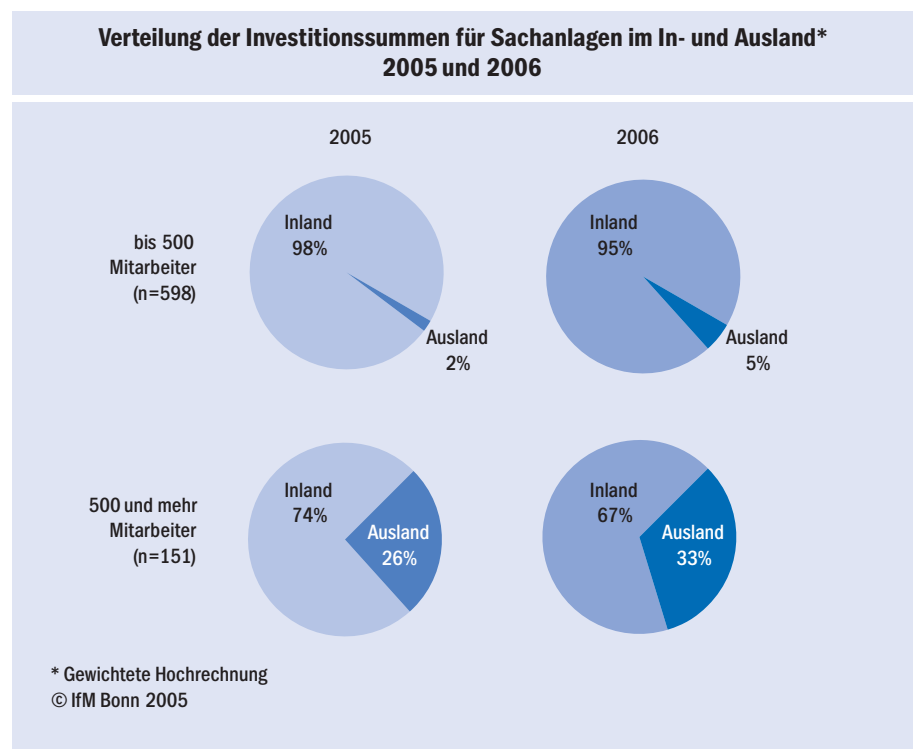


Abbildung 7

Ausland demgegenüber noch stärker aus: Der Anteil der Investitionen im Ausland an der Gesamtinvestitionssumme der Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten steigt von 2005 auf 2006 um gut 6 Prozentpunkte auf knapp 33 % (vgl. Abbildung 7).

Erfreulich ist, dass die Industrieunternehmen trotz der nach wie vor schwierigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auch ihre inländischen Investitionsvolumina erhöhen werden, insgesamt um etwa 6 %.

2.3 Kooperationen in der Industrie

Wie Ergebnisse der Frühjahrsbefragung 2005 im BDI-Mittelstandspanel zeigten, ist für eine Mehrheit der mittelständischen Industrie der wachsende Wettbewerbsdruck durch inländische und ausländische Mitbewerber eine besondere Herausforderung. Neben Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und Intensivierung der Innovationsaktivitäten setzen viele Industrieunternehmen auch auf Kooperationen als Wettbewerbsstrategie. Nach dem Motto „gemeinsam sind wir stärker“ schließen sich zunehmend auch kleine und mittlere Unternehmen in Kooperationen zusammen, um Wettbewerbsvorteile zu generieren.

Hohe Kooperationsneigung in der Industrie

Gut 61 % der deutschen Industrieunternehmen kooperieren derzeit mit anderen Unternehmen oder Institutionen (vgl. Abbildung 8). Die meisten Industriekooperationen beziehen sich auf die Bereiche Produktion sowie Absatz/Vertrieb, 61,1 % bzw. 55,5 % der kooperierenden Unternehmen arbeiten in diesen Bereichen

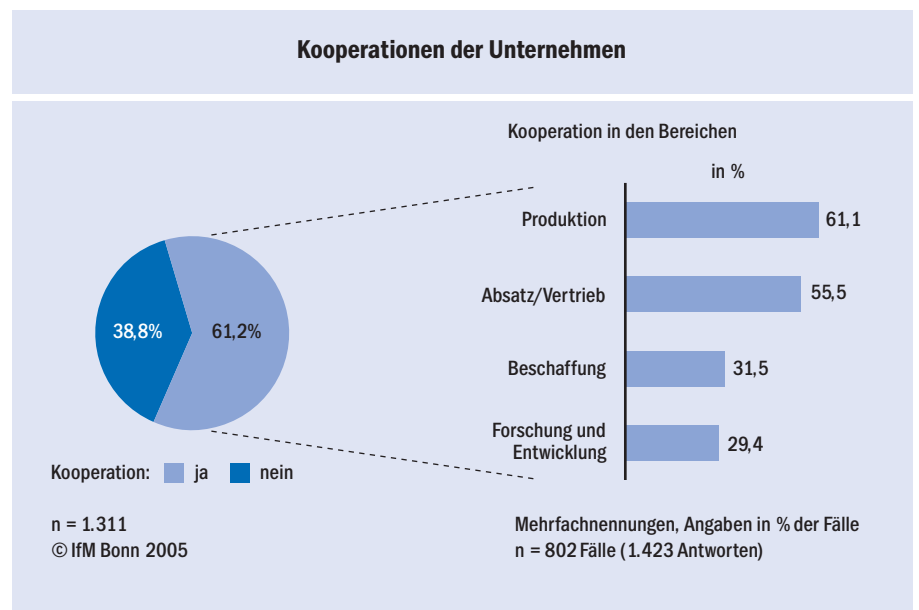


Abbildung 8

zusammen. Seltener anzutreffen sind Beschaffungskooperationen sowie Kooperationen auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung (F&E). Auf diesen Feldern arbeiten 31,5 % bzw. 29,4 % der Industrieunternehmen mit anderen Unternehmen oder Institutionen zusammen (vgl. Abbildung 8).

Rund 39 % der Industrieunternehmen unterhalten derzeit keine Kooperationsbeziehungen.

Als Grund gaben ca. 42 % von ihnen an, dass keine geeigneten Partner verfügbar seien. Gut 41 % der nicht kooperierenden Unternehmen befürchteten, durch die Kooperation ihre Eigenständigkeit zu verlieren. Ein weiteres Fünftel der Unternehmen setzt andere strategische Maßnahmen ein und schließt Kooperationsbeziehungen bewusst aus. Etwa 15 % verzichteten aufgrund negativer Erfahrungen in der Vergangenheit auf Kooperationen.

Kooperationspartner: Unternehmen der gleichen Wertschöpfungsstufe und Zulieferer an vorderster Stelle

Industrieunternehmen arbeiten in erster Linie auf horizontaler Ebene, d.h. mit anderen Unternehmen derselben Produktions- oder Marktstufe. Dies bewahrheitet sich auch bei den Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels: Gut 63 % der Unternehmen kooperieren in ihrem derzeit wichtigsten Projekt⁴ mit Unternehmen der gleichen Branche oder Wertschöpfungsstufe. 46 % der Unternehmen kooperieren mit Zulieferern, und etwa 38 % der Unternehmen arbeiten mit Kunden/Abnehmern zusammen. Sie verfolgen also eine Strategie der vertikalen Kooperation und arbeiten mit anderen Unternehmen/Abnehmern zusammen, mit denen sie in einem gemeinsamen Wertschöpfungssystem verknüpft sind. Etwa 14 % der Industrieunternehmen kooperieren mit Hochschulen bzw. staatlichen oder privaten Forschungseinrichtungen.

Die Auswahl der Kooperationspartner hängt auf signifikante Weise von dem Feld ab, auf

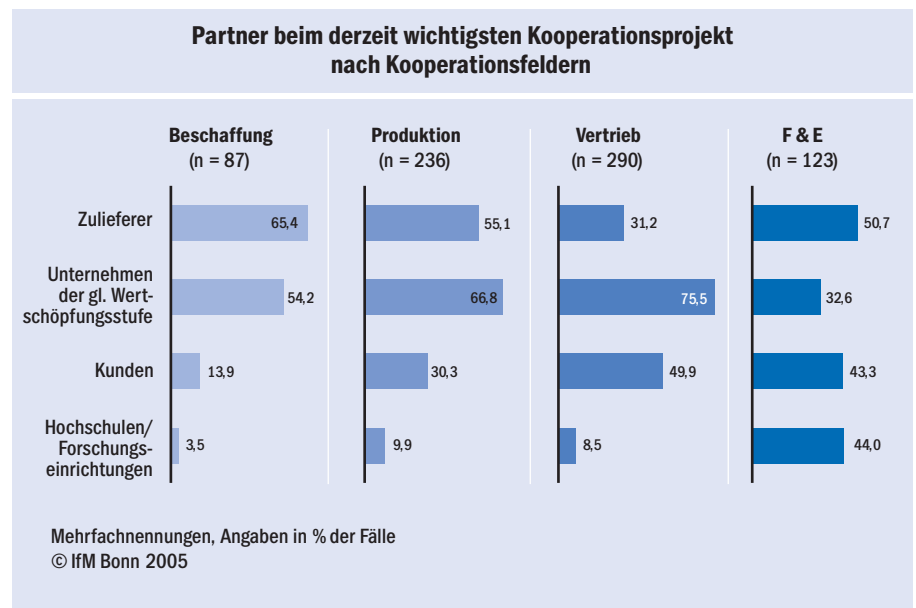


Abbildung 9

dem kooperiert wird (vgl. Abbildung 9). So wird im Rahmen von Beschaffungs- und Produktionszusammenschlüssen signifikant häufiger auf horizontaler Ebene kooperiert, wohingegen bei Vertriebs- und F&E-Projekten signifikant häufiger Kunden in die Zusammenarbeit einbezogen werden, also vertikale Kooperationsformen stärker ver-

treten sind. Auch der Anteil an Unternehmen, die in ihrem wichtigsten Projekt mit Hochschulen oder Forschungseinrichtungen kooperieren, liegt im Bereich der F&E-Kooperationen mit 44 % erwartungsgemäß signifikant über dem Anteil aus anderen Kooperationsbereichen.

⁴ Um die Unternehmensangaben zu detaillierteren Fragestellungen bezüglich ihrer Kooperationserfahrungen den spezifischen Kooperationsbereichen zuzuordnen zu können, wurden die Unternehmen zunächst nach ihrem derzeit wichtigsten Kooperationsprojekt gefragt. Demnach bezeichneten 38,7 % der kooperierenden Industrieunternehmen Absatz- oder Vertriebskooperationen als ihr derzeit wichtigstes Projekt, 34,1 % nannten Produktionskooperationen. Für weitere knapp 16 % sind derzeit F&E-Kooperationen die wichtigsten, während die Beschaffung nur von rund 12 % als wichtigstes Kooperationsfeld angeführt wurde.

Der Anteil ausländischer Kooperationspartner steigt mit wenigen Ausnahmen mit der Größe der Unternehmen an (vgl. Abbildung 10). Insbesondere Beschaffungs- sowie F&E-Kooperationen weisen über alle Unternehmensgrößen hinweg den geringsten Anteil ausländischer Kooperationspartner auf. Demgegenüber sind Produktions- und Absatz-/Vertriebszusammenschlüsse vergleichsweise stärker international ausgerichtet.

Zusammenarbeit vor allem in Form von projektbezogenen Partnerschaften

Nur eine kleine Minderheit der kooperierenden Industrieunternehmen nutzt im derzeit wichtigsten Kooperationsprojekt Formen der Zusammenarbeit mit intensiver Kapitalverflechtung: Gegenseitige Kapitalbeteiligungen oder institutionalisierte Joint Ventures werden mit 6 % bzw. 4 % nur selten als Kooperationsform gewählt. Die Mehrheit von 62,5 % arbeitet hingegen auf vertraglich fixierter Basis in projektbezogenen Partnerschaften zusammen. Eine informelle, vertragslose Zusammenarbeit bevorzugen zudem 19 % der Unternehmen. Auf sonstige Formen der Zusammenarbeit entfallen rund 9 % der Nennungen. Differenziert nach der Unternehmensgröße, wählen vor allem Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten signifikant häufiger die informellen Formen einer Zusammenarbeit, während Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten vergleichsweise häufiger kapitalintensivere, vertraglich fixierte Engagements in Form von Joint Ventures eingehen (vgl. Abbildung 11).

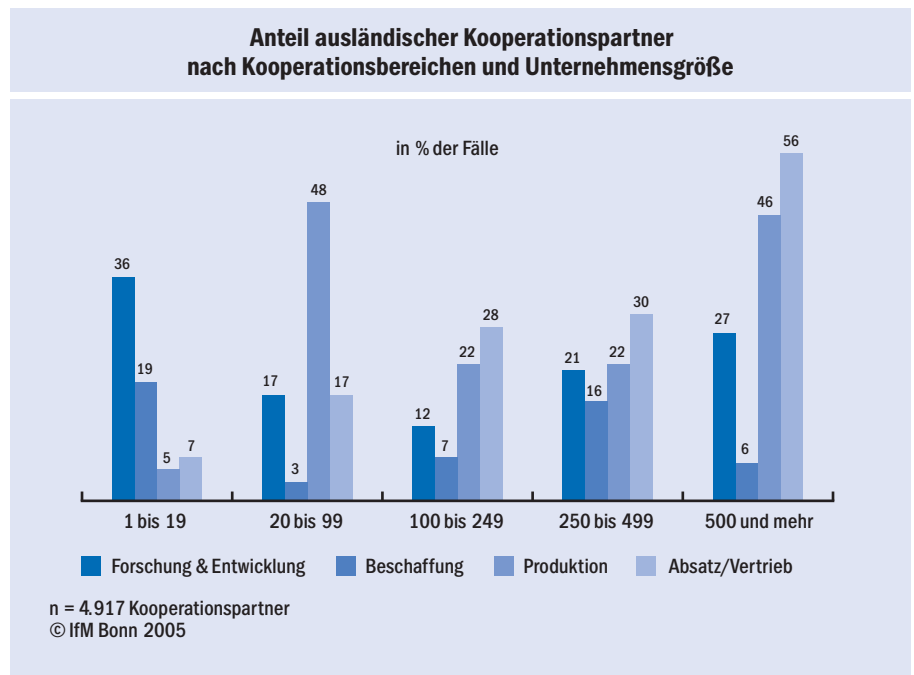


Abbildung 10

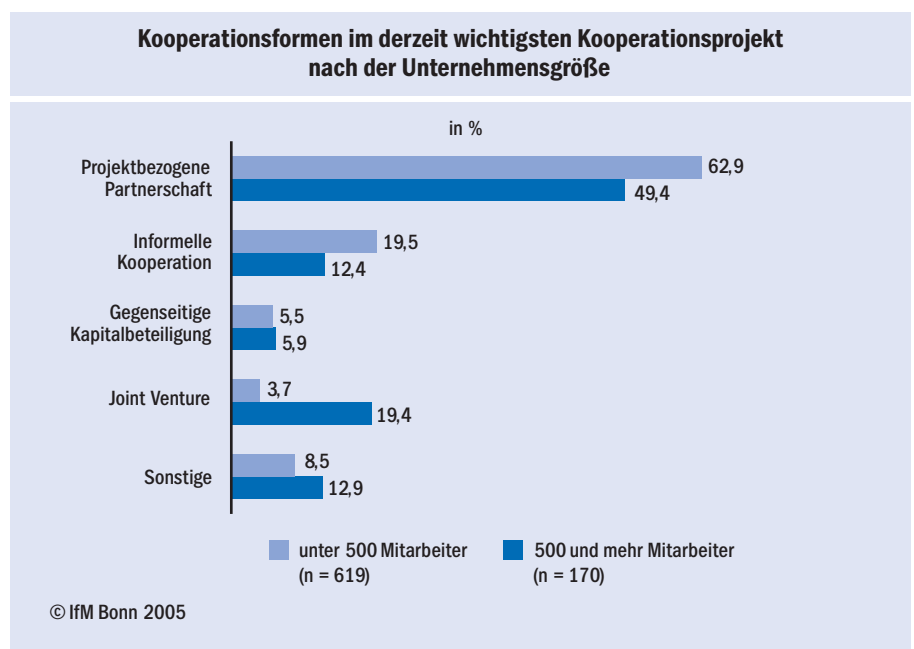


Abbildung 11

Hauptkooperationsmotive: Zugang zu neuen Märkten und Technologien

Das wichtigste Motiv für das Eingehen einer Unternehmenskooperation in der deutschen Industrie ist der Zugang zu neuen Märkten. Dies gilt für fast 70 % der kooperierenden Unternehmen (vgl. Abbildung 12). Unternehmen, die derzeit vertriebsseitige Kooperationen unterhalten, messen dem Zugang zu neuen Märkten begrifflicherweise eine signifikant höhere Bedeutung bei als Unternehmen, die in anderen Bereichen kooperieren. Allerdings ist auch für Unternehmen, die Produktionskooperationen unterhalten, der Zugang zu neuen Märkten signifikant wichtiger als für Unternehmen, die im Bereich F&E mit anderen zusammenarbeiten.

Rund 59 % der Industrieunternehmen erwarten von ihrer derzeit wichtigsten Kooperation Zugang zu neuen Technologien. Das gilt verständlicherweise in erster Linie für Unternehmen, die derzeit im Bereich Forschung und Entwicklung kooperieren. Mangel an Fachkräften ist für rund 60 % der deutschen Industrieunternehmen ein wichtiger Grund für das Eingehen von Kooperationen. Dieses Motiv nimmt im

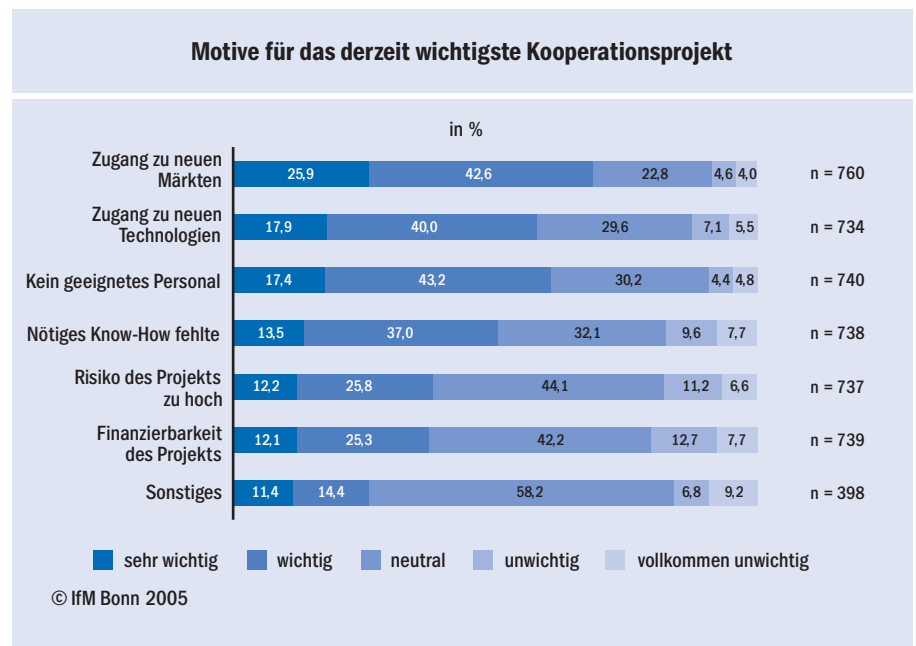


Abbildung 12

Bereich der F&E-Kooperationen eine signifikant höhere Stellung ein als in anderen Kooperationsbereichen. Aus diesem Befund erklärt sich auch die häufige Wahl von Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Partner für F&E-Kooperationen.

Fehlendes unternehmensinternes Know-How ist für etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen ein sehr wichtiger oder

wichtiger Grund, mit anderen Unternehmen oder Hochschulen/Forschungseinrichtungen kooperativ zusammenzuarbeiten. Kunden oder Zulieferer werden im Zusammenhang mit der Erschließung von Know-How signifikant seltener als Kooperationspartner gewählt. Außerdem ist die Generierung von Know-How für F&E-kooperierende Unternehmen signifikant wichtiger als für Unternehmen in anderen Kooperationsbereichen.

Kooperationen steigern den Unternehmenserfolg

Kooperationen steigern eindeutig den Unternehmenserfolg. Dies belegen die Auskünfte von 74 % der kooperierenden deutschen Industrieunternehmen. Durch Kooperationen konnten sie ihren Umsatz, ihre Wettbewerbsfähigkeit und/oder den Unternehmensertrag – zum Teil deutlich – steigern (vgl. Abbildung 13). Gleichzeitig berichteten rund drei Viertel der Unternehmen, bislang keine Probleme im Rahmen der Kooperation gehabt zu haben.

Am einträglichsten sind aus Sicht der deutschen Industrie Beschaffungs- und Produktionskooperationen, die insgesamt zu einer erheblichen Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit führen. Beschaffungs- sowie Absatzkooperationen schlagen sich am positivsten in den Erfolgswerten Umsatz bzw. Ertrag nieder. F&E-Kooperationen führen nach den hier vorgelegten Befunden dagegen teilweise signifikant

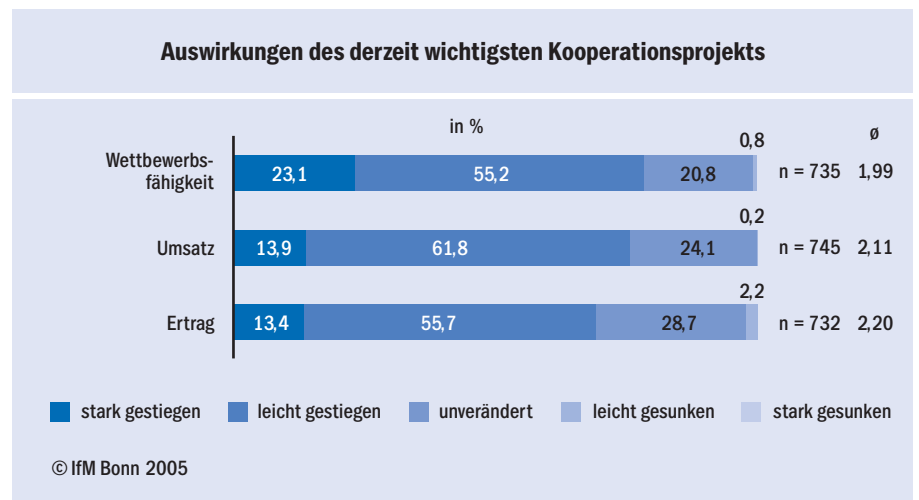


Abbildung 13

seltener zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, des Umsatzes und/oder Ertrages als die übrigen Kooperationsbereiche. Diese Unterschiede sind dem besonderen Charakter von Forschungs- und Entwicklungsprojekten geschuldet: Forschung und Entwicklung führen nicht immer notwendigerweise direkt zu Produkt- oder gar Marktneuheiten. Die Ergebnisse von

F&E-Projekten wirken, bedingt durch längere Entwicklungsphasen und höhere Risiken von Fehlinvestitionen, eher langfristig. F&E-Kooperationen sind daher eher dazu geeignet, mittel- bis langfristig die Leistungsfähigkeit des Unternehmens zu erhöhen.

3. Fazit

Trotz weiterhin anhaltender Konjunkturschwäche in diesem Jahr sehen die im Herbst 2005 befragten Industrieunternehmen etwas hoffnungsfroher in die Zukunft als noch im Frühjahr: Im Nachgang zu den Neuwahlen im September 2005 erwarten deutlich mehr Unternehmen als noch zu Beginn des Jahres eine Verbesserung der zukünftigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland auf ein im Durchschnitt befriedigendes Niveau. Diese Hoffnung geht jedoch mit der gleichzeitigen Befürchtung eines Großteils der Unternehmen einher, die Große Regierungskoalition könne die aus Unternehmenssicht anstehenden Aufgaben und Probleme nicht zügig lösen.

Zu den Aufgaben der neuen Bundesregierung befragt, identifizierten die Unternehmen insbesondere den weiteren Bürokratieabbau und die Absenkung der Lohnsatzkosten als prioritäre politische Handlungsfelder. Doch auch die Stärkung von Bildung und Ausbildung, eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts und Lockerung des Kündigungsschutzes, die Senkung der Energiekosten, die weitere Förderung von Forschung und Innovation sowie eine Reform der Unternehmenssteuern werden von der Industrie als wichtige politische Handlungsfelder angesehen. Letztere sollte aus Sicht der Befragten vornehmlich auf eine radikale Steuervereinfachung inklusive dem Abbau von Subventionen fokussiert sein.

In Erwartung einer sich im kommenden Jahr leicht erholenden Konjunktur und einer steigenden Binnennachfrage planen die befragten Industrieunternehmen mehr-

heitlich eine Ausweitung ihrer Investitionstätigkeit. So werden die Investitionen in Sachanlagen im nächsten Jahr um insgesamt gut 10 % steigen, bei den Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten dabei stärker als bei Unternehmen jenseits dieser Größenordnung. Der Investitionsstau bei den kleineren und mittleren Industrieunternehmen löst sich zunehmend auf. Neben verstärkten Investitionen an ausländischen Standorten wird dabei auch die Investitionstätigkeit im Inland wachsen.

Positiv beeinflusst wird die nächstjährige Investitionsentscheidung der Unternehmen in erster Linie durch ihre Umsatz- und Ertragerwartungen. Vornehmlich die gute finanzielle Basis vieler Industrieunternehmen sorgt somit – neben technischen Faktoren – für eine positive Investitionsentwicklung im Jahr 2006.

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren werden im Jahr 2006 die höchsten Investitionen der Industrie im Bereich der Kapazitätserweiterung vorgenommen werden. Nach der jahrelangen Investitionszurückhaltung dienten 2005 die Investitionen der deutschen Industrie hauptsächlich dem Ziel, sich mit Ersatzinvestitionen und Rationalisierungsmaßnahmen wettbewerbsstark zu machen. Für 2006 rechnet die Industrie offensichtlich mit einer Verbesserung der Auftragslage und reagiert hierauf verstärkt mit Investitionen zur Kapazitätserweiterung.

Kooperationen sind eine unter den befragten Industrieunternehmen weit verbreitete Strategiemassnahme zur Sicherstellung und Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähig-

keit. Mehr als 60 % der Unternehmen unterhalten derzeit Kooperationsbeziehungen, vornehmlich in den Bereichen Produktion und Vertrieb/Absatz. Doch auch Forschungs- und Entwicklungskooperationen sind vor allem bei den größeren Unternehmen häufig vertreten.

Nur eine kleine Minderheit der kooperierenden Industrieunternehmen nutzt im derzeit wichtigsten Projekt Formen der Zusammenarbeit mit intensiver Kapitalverflechtung: Gegenseitige Kapitalbeteiligungen oder institutionalisierte Joint Ventures sind eher die Ausnahme. In der Regel sind die Kooperationsbeziehungen in Form von projektbezogenen Partnerschaften oder informellen Zusammenschlüssen organisiert.

Hauptmotive für die derzeit wichtigste Kooperation sind der Zugang zu neuen Märkten und zu neuen Technologien. Marktzugang ist dabei insbesondere bei Produktions- und Vertriebskooperationen ein Grund, während bei F&E-Kooperationen Technologiezugang, fehlendes unternehmensinternes Know-How und ein Mangel an geeigneten Fachkräften vorrangige Argumente sind.

Kooperationen wirken sich positiv auf den Unternehmenserfolg aus. Nach Auskunft einer großen Mehrheit der Unternehmen sind infolge ihrer derzeit wichtigsten Kooperationsfähigkeit, Umsatz sowie Ertrag ihres Unternehmens teilweise stark angestiegen. Gleichzeitig verliefen die Kooperationen bislang in aller Regel problemlos.

4. Anhang

Anmerkungen zu Zielgruppe und Methode

Die Grundgesamtheit der ersten Befragungswelle setzte sich aus allen deutschen Industrieunternehmen aus den Wirtschaftsabschnitten Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe (Wirtschaftsabschnitt 45.1 und 45.2), Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden zusammen. Im Rahmen der Herbstbefragung wurden nur diejenigen Unternehmen berücksichtigt, die sich bereits an der ersten Befragungswelle im Frühjahr 2005 beteiligt hatten.

Die Gesamtzahl der deutschen Industrieunternehmen ist auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und Beschäftigtengrößenklassen ungleich verteilt. Daher wurde die

Stichprobe der ersten Befragungswelle disproportional nach Beschäftigtengrößenklassen geschichtet, um sicherzustellen, dass in den verschiedenen Unternehmensgrößenklassen – insbesondere in den oberen – eine ausreichend große Anzahl von Antworten erzielt wird. Im Segment der Unternehmen mit 200 und mehr Mitarbeitern wurde eine Vollerhebung durchgeführt, in den Größenklassen bis 200 Mitarbeiter erfolgte eine Zufallsauswahl. Um die Repräsentativität einer Befragung sicherzustellen, wäre die Ziehung einer proportionalen Stichprobe nach dem Zufallsprinzip angemessen gewesen. Durch die bewusste Quotierung der Stichprobe nach dem Merkmal der Beschäftigungsgröße sind jedoch große Unternehmen im Vergleich zur Grundge-

samtheit überrepräsentiert, kleinere Unternehmen unterrepräsentiert.

Anhand der Schätzung der Verteilung deutscher Industrieunternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen gemäß amtlicher Statistiken sowie – für die Berechnung der Investitionsentwicklung – anhand von aus der Statistik des Produzierenden Gewerbes und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von 2003 gewonnenen Angaben zur branchen- und größenklassenspezifischen Verteilung der Bruttozugänge der Investitionen in Sachanlagen, wurde die Stichprobe nachträglich nach dem Verfahren „Soll durch Ist“ (SdI) gewichtet und so der Struktur der Grundgesamtheit angepasst.

Die Langfassung der Ergebnisse steht als Download unter www.bdi-panel.emnid.de zur Verfügung.

BUNDESVERBAND DER
DEUTSCHEN INDUSTRIE E.V. (BDI)

www.bdi-online.de

ERNST & YOUNG AG
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

www.de.ey.com

IKB DEUTSCHE INDUSTRIEBANK AG

www.ikb.de